



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

# Rat

über die  
5. Sitzung des Rates  
am Donnerstag, dem 09.11.2017  
in der Kamener Stadthalle

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:56 Uhr

Anwesend

Bürgermeister

Herr Hermann Hupe

SPD

Herr Thomas Blaschke  
Herr Carsten Diete  
Herr Joachim Eckardt  
Frau Petra Hartig  
Herr Hans-Dieter Heidenreich  
Herr Daniel Heidler  
Herr Peter Holtmann  
Frau Renate Jung  
Herr Klaus Kasperidus  
Frau Christiane Klanke  
Herr Martin Köhler  
Herr Gökçen Kuru  
Herr Friedhelm Lipinski  
Frau Jutta Maeder  
Herr Ulrich Marc  
Frau Ulrike Skodd  
Herr Udo Theimann  
Herr Theodor Wältermann  
Herr Manfred Wiedemann  
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh  
Herr Ralf Eisenhardt  
Herr Rainer Fuhrmann  
Frau Rosemarie Gerdes  
Herr Wilhelm Kemna  
Herr Helmut Krause  
Herr Ralf Langner

Frau Susanne Middendorf  
Herr Ingolf Pätzold  
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Frau Anke Dörlemann  
Herr Stefan Helmken  
Herr Timon Lütschen

DIE LINKE / GAL  
Herr Gunther Heuchel  
Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP  
Frau Heike Schaumann  
Herr Helmut Stalz

Ortsvorsteher  
Herr Ulrich Klein  
Herr Max Pasalk  
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung  
Frau Julia Freundl  
Frau Elke Kappen  
Herr Ralf Kosanetzki  
Herr Dr. Uwe Liedtke  
Frau Ingelore Peppmeier  
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten  
Frau Manuela Laßen  
Frau Ursula Müller  
Herr Volker Sekunde

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Teilnehmer des Projektes „Planspiel Kommunalpolitik“ und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Er berichtete über das Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung „Planspiel Kommunalpolitik“ und teilte mit, dass die Schüler der weiterführenden Kamener Schulen am 20.11.2017 eine gemeinsame Jugendratssitzung unter seiner Leitung veranstalten.

Herr Hupe übermittelte einen Gruß vom Erzbischof zu Paderborn, Herrn Becker, und gratulierte Herrn Klaus Kaperidus im Namen von Rat und Verwaltung zum Geburtstag.

Entsprechend der einstimmigen Beschlussfassung im beratungsvorlaufenden Haupt- und Finanzausschuss am 07.11.2017 wurde der Tagesordnungspunkt 6 „Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Kamen“ gem. § 48 GO NRW i.V.m. § 13 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Sitzungen des Rates der Stadt Kamen einvernehmlich auf die Sitzung des Rates am 06.12.2017 vertagt.

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte ändern sich entsprechend.

**A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Verabschiedung eines ausgeschiedenen Ratsvertreters	
3	Einführung und Verpflichtung eines Ratsvertreters	
4	Umbesetzung von Ausschüssen	089/2017
5	Umbesetzung im Aufsichtsrat der TECHNOPARK KAMEN GmbH	090/2017
6	Dritte Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Kamen (Vergnügungssteuersatzung)	094/2017
7	Bebauungsplan Nr. 03 Ka-Me 2. Änderung "Uhlandstraße/Lindenallee" hier: Satzungsbeschluss	080/2017
8	Bebauungsplan Nr. 04.1 Ka „Gewerbegebiet Ost/Henry-Everling-Straße“ hier: Beschluss der Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperrensatzung vom 16.11.2015 zur Sicherung der Planung	081/2017
9	Einbringung Haushaltssatzung und Produkthaushalt für das Jahr 2018	
10	Einbringung Stellenplan für das Jahr 2018	
11	Integriertes Handlungskonzept Kamen-Heeren-Werve hier: Verfügungsfonds	082/2017
12	Erstellung eines Mietspiegels für die Stadt Kamen hier: Antrag der CDU-Fraktion	
13	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

**B. Nichtöffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

### Zu TOP 1.

#### Einwohnerfragestunde

Herr Karl Adolf **Schneider**, Kupferberg 7 in Kamen, fragte nach, ob das vor längerer Zeit entfernte Kreuz auf dem Friedhof Kamen-Mitte neu errichtet werde.

Herr **Tost** antwortete, dass das Holzkreuz morsch gewesen und aus Sicherheitsgründen entfernt worden sei. Nachdem die Beantragung von Fördergeldern negativ ausgefallen sei, werde im nächsten Jahr aus städtischen Mitteln ein neues Mahnkreuz errichtet.

Weiter fragte Herr **Schneider** nach dem Prozedere zur Entfernung von Kraftstofftanks aus der Erde auf dem Grundstück der ehemaligen Tankstelle an der Ecke Fritz-Erler-Straße/Bogenstraße.

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte, dass bei einer Nutzungsänderung oder -aufgabe der Kreis Unna, als zuständige Wasser- und Bodenschutzbehörde, das Grundstück hinsichtlich einer Altlastenverdachtsfläche untersuchen werde. Bei der jetzigen Nutzung sei eine Entfernung nicht erforderlich.

Auf die Frage von Herrn Rolf **Lepke**, Lünener Straße 233 in Kamen, ob die oberflächige Sanierung der Radwege in Höhe von 390.000 € aufgrund eines Angebotes oder einer Kalkulation geschehe, antwortete Herr **Dr. Liedtke**, dass Vergaben immer auf der Grundlage von Ausschreibungsergebnissen erfolgen. Die genannte Summe könne er nicht bestätigen.

Weiter fragte Herr **Lepke** nach, was unter einer oberflächigen Sanierung zu verstehen sei.

Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass die wassergebundene Radwegdecken für den Rad- und Fußgängerverkehr wiederhergestellt würden. Technische Details, ergänzte der **Bürgermeister**, können in einem direkten Gespräch erläutert werden.

Die Frage von Herrn **Lepke**, ob die neuen Bänke in der Kamener Innenstadt auch befestigt seien, bejahte Herr **Dr. Liedtke**. Sie seien verschraubt. Auf Hinweis von Herrn Lepke, dass einige Bänke nicht befestigt seien, sagte die Verwaltung zu, diese zu begutachten und ggfls. wieder instand zu setzen.

### Zu TOP 2.

#### Verabschiedung eines ausgeschiedenen Ratsvertreters

Der **Bürgermeister** verabschiedete Herrn Michael Krause und erinnerte an seine Mitarbeit im Rat und in verschiedenen Ausschüssen. Er würdigte das kommunalpolitische Engagement und seine verlässliche, sachliche und kompetente Art. Der Bürgermeister überreichte ihm eine Urkunde sowie ein Präsent und wünschte ihm für die berufliche Zukunft eine gute und erfolgreiche Zeit und persönliches Wohlergehen.

Herr Michael **Krause** bedankte sich für die stets faire und respektgeprägte gute Zusammenarbeit im Rat und mit der Verwaltung. Die Mandatsniederlegung basiere ausschlaggebend auf beruflichen Gründen. Er wünschte eine glückliche Hand und weiterhin gute Entscheidungen.

Zu TOP 3.

Einführung und Verpflichtung eines Ratsvertreters

Der **Bürgermeister** verpflichtete Frau Jutta Maeder - als Ratsnachfolgerin für Herrn Michael Krause - ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohl der Gemeinde zu erfüllen.

Zu TOP 4.  
089/2017

Umbesetzung von Ausschüssen

**Beschluss:**

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Familien-, Sozial- und  
Generationenausschuss

ordtl. Mitglied	<u>bisher</u> Lana Schnack	<u>neu</u> Udo Theimann
-----------------	-------------------------------	----------------------------

Gleichstellungsbeirat:

stv. Mitglied	<u>bisher</u> Lana Schnack	<u>neu</u> Ursula Müller
ordtl. Mitglied	Kornelia Arnold	Christel Austenfeld

Integrationsrat

ordtl. Mitglied	<u>bisher</u> Lana Schnack	<u>neu</u> Christiane Klanke
-----------------	-------------------------------	---------------------------------

Jugendhilfeausschuss:

stv. Mitglied	<u>bisher</u> Lana Schnack	<u>neu</u> Thomas Blaschke
---------------	-------------------------------	-------------------------------

Partnerschaftsausschuss

ordtl. Mitglied (skB)	<u>bisher</u> Udo Theimann	<u>neu</u> Elena Liedtke
-----------------------	-------------------------------	-----------------------------

Planungs- und  
Straßenverkehrsausschuss:

stv. Mitglied (skB)	<u>bisher</u> Udo Theimann	<u>neu</u> Leon Zühlke
---------------------	-------------------------------	---------------------------

Schul- und Sportausschuss:

	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
stv. Mitglied	Lana Schnack	Udo Theimann

Umwelt- und  
Klimaschutzausschuss:

	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
ordtl. Mitglied	Ursula Müller	Udo Theimann
stv. Mitglied	Lana Schnack	Ursula Müller
ordtl. Mitglied (skB)	Udo Theimann	Zhili Guo
stv. Mitglied (skB)	Zhili Guo	Rüdiger Janßen

VHS-Zweckverband  
Kamen-Bönen -  
Verbandsversammlung:

	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
ordtl. Mitglied	Lana Schnack	Udo Theimann

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 5.  
090/2017

Umbesetzung im Aufsichtsrat der TECHNOPARK KAMEN GmbH

**Beschluss:**

Der Rat wählt bis zum Ende seiner Legislaturperiode als stellvertretendes Mitglied in den Aufsichtsrat der TECHNOPARK KAMEN GmbH:

bisher: Lana Schnack      neu: Volker Sekunde

Die persönliche Stellvertretung wird wie folgt umbesetzt:

	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
pers. Stellvertretung von Herrn Daniel Heidler	Martin Köhler	Volker Sekunde
pers. Stellvertretung von Frau Nicola Zühlke	Lana Schnack	Martin Köhler

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 6.  
094/2017

Dritte Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Kamen (Vergnügungssteuersatzung)

Die SPD-Fraktion begrüße die Erhöhung der Vergnügungssteuer, so Herr **Heidler**. Er sehe sie als Steuerungsinstrument gegen die Spielsucht. Er fragte nach, ob sich durch den neuen Glücksspielstaatsvertrag ab dem 01.12.2017 Veränderungen für die Stadt ergeben würden.

Frau **Peppmeier** erläuterte, dass die Spielhallen neben den gewerberechtiglichen Genehmigungen nun auch Genehmigungen nach dem Glücksspielstaatsvertrag benötigen würden. Prüfkriterien seien unter anderem, dass Abstandsgebote von 350m zwischen den einzelnen Spielstätten sowie Mehrfachkonzessionen nicht mehr genehmigungsfähig seien. Dies könne eine Reduzierung der Spielstätten herbeiführen.

Die CDU-Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen, so Herr **Eisenhardt**. Er sehe einen regulativen Ansatz hinsichtlich der Anzahl der Spielstätten, ein Überangebot sei nicht gewünscht. Er begrüße das sozialpolitische Ziel der Spielsuchtbekämpfung.

Herrn **Grosch** geht die Satzungsänderung nicht weit genug, da der soziale Ansatz ausschlaggebend sei. Er informierte über die kreisweiten Steuersätze der Vergnügungssteuer. Die Erhöhung auf 4% halte er nicht für zielführend. Daher beantrage die Fraktion Die Linke/GAL, den Steuersatz von 3,5 % auf 5 % zu erhöhen.

Herr **Tost** entgegnete, dass sich die kreisweit unterschiedlich hohen Steuersätze aus den unterschiedlichen Kriterien der besteuerten Kommune ergeben würden. Kamen besteuere den Spieleinsatz, quasi den Umsatz, andere Kommunen das Spielergebnis, vergleichbar mit dem Gewinn des Aufstellers. Der Vorschlag der Verwaltung zur Erhöhung auf 4% sei weniger klagerisikobehaftet. Die Möglichkeit, den Steuersatz jährlich anzupassen, sei weiterhin gegeben.

Frau **Dörlemann** begrüßte die Steuererhöhung und wünschte sich eine geringe Anzahl der Spielstätten. Sie schloss sich den Erläuterung von Herrn Tost an.

Auch die FW/FDP-Fraktion werde der Vorlage zustimmen, da sie den generellen Ansatz der Verwaltung folge, so Frau **Schaumann**. Allerdings glaube sie nicht, dass durch eine Steuererhöhung Spielsucht bekämpft werden könne. Da seien weitere Maßnahmen erforderlich.

Der **Bürgermeister** entgegnete, dass sich das Steuerungsinstrument nicht direkt gegen die Spielsucht, sondern indirekt auf die Gewinnerzielung des Betriebes richte. Dies schmälere die Attraktivität.

Herr **Eisenhardt** bezog sich auf den Sachantrag der Fraktion Die Linke/GAL. Es sei vernünftig, die Spielgeräte einsatzorientiert zu besteuern. Auch gebe es genügend Menschen, die aus Vergnügen am Automaten spielen. Allerdings unterstütze seine Fraktion den regulativen Ansatz der Verwaltung.

Herr **Grosch** informierte über verschiedene Instrumente des Glückspiels. Durch die Erhöhung auf 5 % solle ein Zeichen gegen die Branche gesetzt werden.

Frau **Schaumann** entgegnete, dass kriminelle Aktivitäten nicht Gegenstand der Vorlage sei.

Herr **Heidler** ergänzte, dass durch den regulativen Ansatz indirekt die Spielstätten weniger besucht würden und es mehrere Ansätze zu einer Suchtbekämpfung benötige.

*Der Bürgermeister ließ zunächst über den Sachantrag der Fraktion Die Linke/GAL abstimmen.*

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt, den Steuersatz der Vergnügungssteuer von 3,5 % auf 5 % anzuheben.

**Abstimmungsergebnis:** bei 4 Enthaltungen und 31 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

*Danach ließ der Bürgermeister über die Beschlussvorlage 094/2017 abstimmen.*

**Beschluss:**

Die dritte Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Kamen (Vergnügungssteuersatzung) wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 7.  
080/2017

Bebauungsplan Nr. 03 Ka-Me 2. Änderung "Umlandstraße/Lindenallee"  
hier: Satzungsbeschluss

Die CDU-Fraktion werde dem Satzungsbeschluss zustimmen, so Herr **Diederichs-Späh**. Er begrüße den Verdichtungsgedanken, auch bei den restlichen Bauvorhaben.

Herr **Helmken** sprach sich gegen die Beschlussvorlage aus. Jede Fläche sollte als Spiel- oder Begegnungsstätte erhalten bleiben. Würden die Flächen erstmal bebaut, seien sie weg.

Herr **Heidler** informierte, dass die besagten Flächen nicht mehr als Spielstätten benutzt würden. Die SPD-Fraktion werde dem Satzungsbeschluss zustimmen.

Herr **Heuchel** kritisierte, dass ihm bei den Bebauungsplänen der Anteil des sozialen Wohnungsbaus fehle.

Herr **Dr. Liedtke** entgegnete, dass die Spielplatzgrundstücke für den sozialen Wohnungsbau zu klein und daher nicht geeignet seien.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt nach Prüfung und Abwägung gem. § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung:

1. über die im Rahmen der Beteiligung der Betroffenen vorgebrachten Stellungnahmen entsprechend der beigefügten Abwägungsvorschläge der Verwaltung;

2. den Bebauungsplan Nr. 03 Ka-Me 2. Änderung "Uhlandstraße/  
Lindenallee" gem. § 10 BauGB in der derzeit gültigen Fassung als  
Satzung.

Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplans sind  
in dem beigefügten Lageplan dargestellt.

**Abstimmungsergebnis:** bei 2 Enthaltungen und 3 Gegenstimmen mehr-  
heitlich angenommen

Zu TOP 8.  
081/2017

Bebauungsplan Nr. 04.1 Ka „Gewerbegebiet Ost/Henry-Everling-Straße“  
hier: Beschluss der Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungs-  
sperrensatzung vom 16.11.2015 zur Sicherung der Planung

Ergebnis des Mitwirkungsverbotest gem. § 31 Gemeindeordnung Nordrhein-  
Westfalen (in der derzeit gültigen Fassung):  
Es erklärte sich kein Ausschussmitglied für befangen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt gem. §§ 14, 16 und 17 BauGB für das  
Gebiet des Bebauungsplans Nr. 04.1 Ka „Gewerbegebiet Ost/Henry-  
Everling-Straße“ die als Anlage vorgelegte Verlängerung der Geltungsdauer  
der Veränderungssperrensatzung vom 16.11.2015.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 9.

Einbringung Haushaltssatzung und Produkthaushalt für das Jahr 2018

Der **Bürgermeister** schlug vor, die Tagesordnungspunkte 9 und 10 zu ver-  
binden. Diesem Vorschlag wurde einvernehmlich zugestimmt.

Der Kämmerer, Herr **Tost**, referierte anhand einer PowerPoint-Präsentation  
zum Haushalt und zum Stellenplan für das Jahr 2018.  
*Auf die als Anlage beigefügte Rede wird verwiesen. Die Präsentation ist im  
Ratsinformationssystem hinterlegt.*

Zu TOP 10.

Einbringung Stellenplan für das Jahr 2018

*siehe TOP 9*

Zu TOP 11.  
082/2017

Integriertes Handlungskonzept Kamen-Heeren-Werve  
hier: Verfügungsfonds

Herr **Lipinski** berichtete, dass das bürgerliche Engagement und die Beteiligung der Bevölkerung schon im Vorfeld zum integrierten Handlungskonzept sehr groß gewesen sei. Durch den Verfügungsfonds könnten die Bürger, Geschäftsleute, Vereine und Institutionen selbst weitere Vorschläge zur Gestaltung beitragen. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr **Eisenhardt** schloss sich den Ausführungen von Herrn Lipinski an. Er bat zu beachten, dass Investitionen auch Folgekosten verursachen. Er appellierte daher, die Vorschläge der Bürger vorab auf Langfristigkeit zu prüfen. Grundsätzlich sei der Ansatz gut und die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Er fragte nach, ob für das Gremium zum Verfügungsfonds neben einem Vertreter aus der Fraktion auch ein Stellvertreter benannt werden solle.

Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass ein Vertreter und ein Stellvertreter aus jeder Fraktion zeitnah namentlich benannt werden sollte.

Frau **Schaumann** begrüßte das Instrument des Verfügungsfonds, da die Bürger aufgefordert würden, mitzuwirken. Durch diese aktive Mitgestaltung könne ein pfleglicherer Umgang mit den Investitionen erreicht werden.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die „Förderrichtlinie Verfügungsfonds Stadtteilprojekt Heeren-Werve der Stadt Kamen“ und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Durchführung des Verfahrens. Die Umsetzung erfolgt vorbehaltlich der Verfügbarkeit von Fördermitteln sowie des kommunalen Eigenanteils.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 12.

Erstellung eines Mietspiegels für die Stadt Kamen  
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Der **Bürgermeister** merkte vorab an, dass es einen interkommunalen Vorstoß gegeben habe, einen kreisweiten Mietspiegel zu erstellen. Allerdings hätten einige Nachbarstädte diesen abgelehnt, so dass eine intendierte Kostenersparnis nicht mehr umsetzbar gewesen sei. Wenn die Verwaltung selbst einen Mietspiegel erstellen würde, sei die Datenpflege und die Kontinuität zu beachten. Eine Eilbedürftigkeit sehe er zur Zeit nicht. Er schlug daher vor, den Beschlussvorschlag des CDU-Antrages abzuändern, in dem die Verwaltung beauftragt werde, die Erarbeitung eines Mietspiegels für die Stadt Kamen in Bezug auf Umsetzbarkeit, Kosten und Aufwandsplanung zu prüfen. Die Verwaltung rege daher an, den Beschlussvorschlag in einen Prüfauftrag umzuwandeln und über diesen im Frühjahr zu berichten. Grundsätzlich strebe die Verwaltung an, einen Mietspiegel für die Stadt Kamen zu erstellen, da er eine Steuerungsfunktion für den Vermieter, aber auch für den Mieter habe.

Herr **Eisenhardt** erwiderte, dass grundsätzlich der Wohnungsmarkt in Kamen nicht angespannt sei, allerdings käme immer wieder eine breite gesellschaftliche Diskussion für gerechte Mieten insbesondere im sozialen Wohnungsbau auf. Er halte einen Mietspiegel für Mieter und auch Vermieter für ein wichtiges Orientierungsinstrument. Die CDU-Fraktion würde dem Änderungsvorschlag der Verwaltung zustimmen, den Antrag positiv zu prüfen. Er regte zudem an, bei der Prüfung die Wohnungsbaugesellschaften miteinzubeziehen.

Herr **Heidler** begrüßte den Prüfauftrag. Er erinnerte an die Anbahnung eines kreisweiten Mietspiegels vor Jahren, welcher nicht zustande gekommen sei. Ein Mietspiegel müsse auf einer breiten und soliden Datenbasis fundieren. Daher sollten der Aufwand und der daraus resultierende Ertrag bei der Erstellung ausgeglichen sein. Die SPD-Fraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen.

Frau **Schaumann** bedankte sich für den Änderungsvorschlag der Verwaltung. Der Kosten- Nutzenfaktor sei ihr nicht bekannt. Sie sehe den informellen Charakter, da der Mietspiegel keine rechtliche Bindung habe. Die FW/FDP-Fraktion werde dem abgeänderten Beschlussvorschlag zustimmen.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erarbeitung eines Mietspiegels für die Stadt Kamen zu prüfen, insbesondere in Bezug auf Aufwand und Kosten.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 13.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

#### 13.1 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

#### 13.2 Anfragen

Herr **Fuhrmann** fragte nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich eines Standortes für eine Rettungswache.

Der **Bürgermeister** antwortete, dass intensive Gespräche liefen, um einen geeigneten Standort im Bereich der Werkstraße bzw. im Umfeld zu finden. Zunächst werde eine Interimslösung vorbereitet, um die Vorgaben des Rettungsdienstbedarfsplans zu erfüllen. Daher könne ein konkreter Standort zum jetzigen Zeitpunkt nicht genannt werden.

**B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilung der Verwaltung und Anfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Hupe  
Bürgermeister

gez. Kosanetzki  
Schriftführer